

18.10.2013 - Mittelbayerische

Prüfer nehmen Arbeit in Limburg auf

Die Kommission soll die Kostenexplosion beim Bau des Bischofssitzes überprüfen. Unterdessen kommt neuer Ärger auf Bischof Tebartz-van Elst zu.

Frankfurt. Im Skandal um Limburgs Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst haben Kassenprüfer der Kirche damit begonnen, die Kostenexplosion beim Bau des Bischofssitzes aufzuklären. Die von der Deutschen Bischofskonferenz berufene Kommission soll vor allem untersuchen, warum der Neubau statt der ursprünglich geplanten 2,5 Millionen Euro nun mehr mit mehr als 30 Millionen Euro zu Buche schlägt. Zudem geht es um die Frage, wer zu welchem Zeitpunkt davon gewusst und Entscheidungen getroffen hat. Unklar ist, wann Ergebnisse vorliegen.

„Es geht um die Klärung der Kosten, die Klärung der Finanzierung und die Erklärung der Entscheidungswege“, teilte ein Sprecher der Bischofskonferenz am Freitag in Bonn mit. Das Gremium setzt sich aus Finanz- und Baufachleuten sowie Kirchenrechtler zusammen. Über alles Weitere sei Vertraulichkeit vereinbart worden, hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, erklärt.

Unklar ist daher, wo die Kommission tagt, wer ihr angehört und wann sie erste Ergebnisse liefern wird. Zollitsch hatte im Vorfeld betont, zügig handeln zu wollen. Schnellschüsse sollten aber vermieden werden. Vom Ergebnis der Prüfung könnte abhängen, ob der umstrittene Limburger Bischof im Amt bleiben darf oder nicht.

Tebartz-van Elst soll nach unterschiedlichen Angaben über die wahren Kosten des Baus informiert gewesen sein, zudem gehen nach Angaben des Vermögensverwaltungsrats des Bistums viele Kosten auf Sonderwünsche des Bischofs zurück. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat zudem einen Strafbefehl gegen ihn wegen falscher Erklärungen an Eides beantragt. Dabei geht es um Aussagen des Geistlichen wegen eines Erste-Klasse-Flugs nach Indien.

Mehr Kirchensteuermittel verwendet?

Einen Tag nach dem Gespräch zwischen Papst Franziskus und Erzbischof Robert Zollitsch über die Affäre im Bistum Limburg sind neue Vorwürfe gegen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst bekanntgeworden. Wie die „Frankfurter Rundschau“ (Freitagsausgabe) berichtet, soll der Limburger Bischof indirekt doch mehr Kirchensteuern für den Bau seines Bischofszentrums verbraucht haben als die bisher angegebenen 2,5 Millionen Euro. Das Geld soll über ein Immobiliengeschäft an den Bischoflichen Stuhl geflossen sein. Am Freitag wollte die Prüfkommision der katholischen Deutschen Bischofskonferenz im Bistum Limburg ihre Arbeit aufnehmen.

Nach dem mit Spannung erwarteten Treffen zwischen Papst Franziskus und Zollitsch am Donnerstag hatte der Bischofskonferenz-Vorsitzende keine Details aus dem vertraulichen Gespräch genannt. Alle Seiten seien an einer baldigen Lösung interessiert, um „die Lage im Bistum Limburg zu beruhigen und um einen Weg aus der schwierigen Situation zu finden“, erklärte der Erzbischof in Rom.

Katholische Jugend fordert Rücktritt

Unterdessen verlangt die Katholische Jugend den Rücktritt des Limburger Bischofs. Der Schlüssel für die Lösung der Probleme in Limburg liege beim Bischof selbst, sagte der Vorsitzende des Bundes der Deutschen

Katholischen Jugend, Dirk Tänzler, am Freitag dem Hörfunksender NDR Info: „Ich kann in der Tat sagen, welche Hoffnung ich habe. Dass er die Zeichen erkennt.“ Tänzler lehnte es ab, dass Papst Franziskus in Rom eine Entscheidung trifft. „Wir sagen häufig in der katholischen Kirche, wir wollen dieses hierarchische System nicht“, betonte er. „Wir sagen häufig, wir brauchen Entscheidungen vor Ort. Dann müssen wir das jetzt leider aushalten.“

Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, hat Bischof Tebartz-van Elst im Jahr 2010 Anteile am Gemeinnützigen Siedlungswerk, die dem Bischöflichen Stuhl gehörten, an sein eigenes Bistum verkauft. Dabei sollen dem Bericht der Zeitung zufolge 6,7 Millionen Euro geflossen sein. Das Bistum Limburg habe diesen Kauf unter anderem aus Kirchensteuern bezahlt. In das Vermögen des Bischöflichen Stuhls hat die Öffentlichkeit keinen Einblick. Die Zeitung bezieht sich auf den Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller, der bezweifelt, dass dieses Immobiliengeschäft rechtens war. Denn die vatikanische Kleruskongregation und das Staatssekretariat hätten es genehmigen müssen, sagte der Experte. Dieser Nachweis fehle bislang.

Zäsur in der Geschichte der katholischen Kirche

Nach Einschätzung der Reformbewegung „Wir sind Kirche“ stellt die Affäre um den Limburger Bischof eine Zäsur in der Geschichte der katholischen Kirche dar. „Viele Bistümer beginnen damit, ihre Geldquellen und ihre Vermögenswerte offenzulegen“, sagte „Wir sind Kirche“-Sprecher Christian Weisner der „Passauer Neuen Presse“ (Freitagsausgabe): „Dieser Weg hin zu mehr Transparenz muss weitergegangen werden.“ Weisner sagte, Papst Franziskus wolle bescheidene Hirten als Bischof haben, die den Geruch der Schafe annehmen: „Tebartz-van Elst hat wohl eher den Geruch der High Society und der reichen Banker in seinem Bistum angenommen.“

Der Limburger Bischof steht seit Monaten in der öffentlichen Kritik. Insbesondere wird ihm der enorme Anstieg der Kosten beim Bau des mindestens 31 Millionen Euro teuren Diözesanen Zentrums in Limburg vorgeworfen. Ob sich Tebartz-van Elst weiter in Rom aufhält, ist unsicher. (epd)

<http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/politik/artikel/neue-vorwuerfe-gegen-tebartz-van-elst/973800/neue-vorwuerfe-gegen-tebartz-van-elst.html#973800>

Zuletzt geändert am 18.10.2013